

Ein-Euro-„Jobs“ in Vereinen und Initiativen – eine Positionierung

Wir – Vereine und Einrichtungen, die Ein-Euro-"Jobs" bisher abgelehnt oder mit erheblichen Bedenken genutzt haben – befinden uns seit der Einführung von Ein-Euro-"Jobs" in einem Dilemma: Aufgrund der jahrelangen Kürzungen von Fördergeldern und der weitgehenden Abschaffung von anderen Arbeitsförderinstrumenten sind wir immer mehr in den strukturellen Zwang geraten, auf eine Beschäftigungsform zurückzugreifen, die wir aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen müssen: die Ein-Euro-„Jobs“. Wir können es mit unserem sozialen bzw. politischen Selbstverständnis nur schwer bzw. gar nicht vereinbaren, an diesem für alle Beteiligten unwürdigen Pflichtdienst mitzuwirken. Auch ist die Qualität unserer Arbeit über kurz oder lang nicht zu gewährleisten, wenn den bei uns Arbeitenden die gesellschaftliche Anerkennung für ihre geleistete Arbeit – z.B. in Form angemessener Entlohnung – vorenthalten wird.

Viele Einrichtungen haben sich erst nach langen, intensiven Diskussionen und trotz großer Vorbehalte entschlossen, Ein-Euro-JobberInnen zu beschäftigen, um die eigene, gesellschaftlich notwendige Arbeit überhaupt weiterführen zu können. Hinzu kommt, dass etliche Hartz-IV-Betroffene aus der Not heraus selbst diese fragwürdigen „Jobs“ ausüben wollen.

Denn was für uns als Einsatzstellen ein Dilemma darstellt, ist für die konkret betroffenen Ein-Euro-JobberInnen eine Notlage. So haben sie – bei Verpflichtung zu weisungsgebundener Arbeit – keine Arbeitnehmerrechte. Auch bieten die Ein-Euro-„Jobs“ keine Perspektive für danach und haben das Stigma der Zwangsdienste. Die viel zitierte „Freiwilligkeit“ bei der Annahme von Ein-Euro-„Jobs“ resultiert aus strukturellen Zwängen: Da ist zuerst der viel zu niedrige Regelsatz und des Weiteren die Drohung einer 30prozentigen Leistungskürzung, wenn irgendeine zugewiesene Maßnahme abgelehnt wird. Zudem wurden andere Förderinstrumente drastisch reduziert, weshalb viele Erwerbslose ihren Wunsch, etwas zu tun, um sich nicht überflüssig und isoliert zu fühlen, kaum anders realisieren können als mit einem Ein-Euro-„Job“.

Wir als Mitverantwortliche finden, dass diese Situation nicht länger tragbar ist!

Diejenigen von uns, die Ein-Euro-Kräfte beschäftigen, versuchen ihnen bessere Arbeitsbedingungen zu bieten als Träger oder Einsatzstellen, die Ein-Euro-JobberInnen schamlos und in hoher „Stück“zahl ausbeuten. Aber auch wenn wir unsere Ein-Euro-JobberInnen tatkräftig dabei unterstützen, ihre Qualifizierungswünsche durchzusetzen, auch wenn wir ihre Arbeit anerkennen und ihre Interessen bzgl. Tätigkeiten und Arbeitszeiten berücksichtigen, so sehen wir doch klar, dass dies nicht ausreicht: **Die Erfahrung von über zwei Jahren Ein-Euro-„Jobs“ zeigt, dass es einer grundlegenden, strukturellen Lösung bedarf. Diese sehen wir darin, dass Ein-Euro-„Jobs“ baldmöglichst durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden!**

In den letzten Monaten wurden von verschiedenen Seiten Vorschläge für öffentlich geförderte Beschäftigung unterbreitet, die im Ergebnis überwiegend die Verbreitung von Niedriglohn begünstigen. **Wir unterstützen das Konzept „Ein-Euro-'Jobs' durch sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit ersetzen!“, das die Berliner Kampagne gegen Hartz IV vorgelegt hat.** Denn mit diesem Modell wird Freiwilligkeit insofern gewährleistet, als sanktionsbeschwerte Stellenangebote durch die JobCenter ausgeschlossen werden. Die Arbeit wird angemessen entlohnt, was der erschreckenden Ausweitung von Niedriglohn in Deutschland entgegenwirkt. Das Modell ist weitgehend kostenneutral im Vergleich zur gegenwärtigen Praxis. Regionale Pilotprojekte wären sofort realisierbar, da sie keiner Gesetzesänderung bedürfen.

Hier zeigt sich: Auch wenn die strukturellen Zwänge viel vorgeben, gibt es Alternativen und können die bestehenden Handlungsspielräume ausgeschöpft werden.

Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen in den Kommunalvertretungen, den Trägerversammlungen und den Beiräten der JobCenter, im Abgeordnetenhaus und im Bundestag: Schaffen Sie mit der Realisierung des Konzepts der Berliner Kampagne gegen Hartz IV eine echte Alternative zu den Ein-Euro-“Jobs“ und heben Sie damit die strukturelle Zwangslage – wenigstens in Teilen – auf. Denn diese setzt nicht nur uns als (möglichen) Einsatzstellen zu, sondern stellt darüber hinaus ein Problem mit gravierenden gesellschaftlichen Folgen dar.

Wir als Unterzeichner setzen uns aktiv für die schnellstmögliche Realisierung des Konzepts, zunächst in Form von Pilotprojekten, ein. Das Konzept ist auf der Startseite von www.hartzkampagne.de zu finden.

Initiatoren und Erstunterzeichner:

globale Filmfestival, Stiftung Haus der Demokratie (Vorstand), kanalB, Content – Verein zur Förderung alternativer Medien e.V.

Wer diese Positionierung unterzeichnen möchte, teile dies bitte mit an:

info@globale-filmfestival.de und konzept@hartzkampagne.de